

## **Wolfgang Dahler (CDU):**

**1. Trotz wachsender Herausforderungen dringend notwendiger Bekämpfung von auch friedensgefährdendem Hunger und Massenelend ist der deutsche Etat für Entwicklungszusammenarbeit nicht zuletzt zur völkerrechtskonformen Unterstützung der angegriffenen Ukraine um nahezu eine Milliarde Euro gekürzt worden.**

**a) Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, weitere Kürzungen des Entwicklungsetats zukünftig zu verhindern und ihn wieder besser an die gestiegenen Erfordernisse der weltweiten Armutsbekämpfung, damit auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen anzupassen?**

Es gilt, bei den nächsten Haushaltsverhandlungen nachdrücklich für den Entwicklungsetat zu werben. Zu erwähnen ist, dass auch andere Haushalte entwicklungspolitische Ziele fördern, sei es der Wirtschaftsetat für den Handel oder der Umweltetat zur Bekämpfung des Klimawandels sowie z.B. Studienplätze für Studierende aus Entwicklungsländern. Die vorherige, CDU-geführte Bundesregierung hat sich den internationalen

Vereinbarungen zur Einhaltung der ODA-Quote

(Official Development Assistance; jährlich mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens) für öffentliche Entwicklungsleistungen verpflichtet gefühlt. Daran sollten wir festhalten.

**b) Welche sonstigen Möglichkeiten sehen Sie, für welche plädieren Sie gegebenenfalls, dass das doch vergleichsweise reiche Deutschland auch in einer Zeit „knapper Kassen“ seiner Mitverantwortung zur Entwicklung in ärmeren Weltregionen angemessen gerecht werden könnte?**

Ein unionsregiertes Deutschland wird sich – auch aus Eigeninteresse – weiterhin besonders in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren mit dem Ziel, in ärmeren Regionen ein lebenswertes Umfeld zu schaffen und dafür zu sorgen, dass niemand seine Heimat aufgrund von Krieg, Verfolgung oder Hunger verlassen muss. Weltweit scheinen sich Werte zu verschieben (Trump-USA oder BRICS-Staaten) zulasten von Demokratie und Menschenrechten. Unser Anspruch bleibt richtigerweise ein anderer.

**2. Unter Entwicklungsministerin Svenja Schulze wurde eine relativ anspruchsvolle Strategie vorgelegt, um zur nachhaltigen Entwicklung afrikanischer Länder beizutragen, aber auch, um Ursachen zur Migration aus unserem Nachbarkontinent entgegenzuwirken. Halten Sie die vorgelegte Strategie aus der Ampel-Regierung für geeignet und realistisch genug, hinreichend zur Realisierung der anvisierten Ziele beizutragen oder haben Sie ergänzende bzw. alternative Vorschläge dazu?**

Fairerweise muss man sagen, dass bisher weltweit niemand das „eine“ Rezept für eine Lösung gefunden hat, denn sonst müssten wir heute nicht mehr über Armut und Hunger sprechen. Zu unterschiedlich und immer wieder neu sind die Probleme, die es zu bewältigen gilt. Ihre Neue Afrika-Strategie hatte Ministerin Schulze erst 2023 vorgelegt. Natürlich werden wir die laufenden Projekte bewerten und, wo nötig, nachsteuern. CDU und CSU werden eigene Schwerpunkte setzen.

**3. Gibt es Ihrer Meinung nach – neben internen Ursachen für Fehlentwicklungen, Armut und Ungerechtigkeit in armen Ländern selbst -, auch andere, nicht zuletzt weltwirtschaftliche Ursachen und wie können sie abgebaut bzw. vermindert werden?**

Die Gründe für Armut sind vielfältig. Neben den bereits genannten Ursachen Krieg und Klimawandel, können bei dem Stichwort „Verfolgung“ (durch den Staat oder andere Machthaber) auch z.B. die Diskriminierung von Frauen und Mädchen, von Minderheiten (seien es religiöse oder politisch Andersdenkende), mangelnder Zugang zu Bildung oder Gesundheitsversorgung -gerade auf dem Land- genannt werden. Die Weltwirtschaft (Globalisierung) hat vielen Staaten zum Aufschwung verholfen, leider aber auch dazu beigetragen, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer geworden ist. Wir müssen uns eng mit unseren Partnern abstimmen, allen voran innerhalb der EU (z.B. Global Gateway Projekte), um Handelshemmnisse abzubauen, fairen Handel zu treiben und die Menschenrechte zu achten.